

Sterbehilfe: EXIT bietet Hand zur Ausarbeitung einer konstruktiven Lösung

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Einschränkungen der Freitodhilfe sind in der Vernehmlassung weitgehend verworfen worden. Viele grosse Kantone, Parteien und Verbände sowie auch die Ärzteschaft und die Nationale Ethikkommission lehnen den Gesetzesentwurf ab. Der Bundesrat muss in den nächsten Monaten entscheiden, ob er beim Status Quo bleibt, der sich seit fast 30 Jahren bewährt hat, oder ob er nochmals über die Bücher will. EXIT als bedeutendste und erfahrenste Sterbehilfeorganisation bietet Hand für eine konstruktive Zusammenarbeit.

Bern/Zürich, 29.3.10 – Die Vernehmlassung fällt deutlich aus: Die überwiegende Mehrheit der Kantone, Parteien, Verbände und massgeblichen Player lehnen den rückwärtsgewandten Kurs des Bundesrates ab. Dies zeigt die Auswertung der bis dato publizierten Antworten. Konsens dieser Vernehmlassungsantworten ist: keine Beschneidung des Selbstbestimmungsrechts, keine Kriminalisierung der Sterbehilfe, kein Ausschluss von Chronischkranken. Unterstützung erhält die Landesregierung nur von kleineren Kantonen, religiösen Vereinigungen und der CVP.

Der Bundesrat – der vor 2 Jahren nach einer Kehrtwende überraschend entschieden hat, eine neue gesetzliche Regelung der Freitodhilfe ins Auge zu fassen – ist mit seinen Gesetzesvorentwürfen auf wenig Begeisterung gestossen. In der Vernehmlassung ist insbesondere die vorgeschlagene Regelung mittels Strafgesetzbuchparagraphen sowie die Aushebelung der Selbstbestimmung durch eine ärztliche Bewilligungspflicht für Sterbewillige kritisiert worden. Nun muss der Bundesrat entscheiden, ob er beim Status Quo bleibt (gefordert von den bürgerlichen Parteien) oder ob er es mit einem Aufsichtsgesetz versuchen will (wie es zum Beispiel die SP wünscht).

Der Selbsthilfeverein EXIT hat von Beginn weg eine konstruktive Zusammenarbeit für eine fürsorgliche, menschliche und praxisnahe Regelung angeboten. Weder der Bundesrat noch das federführende EJPD sind jedoch darauf eingegangen. Die Folge war ein praxisferner und unsachgemässer Vorschlag, der keinen Konsens fand. EXIT erneuert deshalb das Angebot an Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf und ihr Projektteam, sich vor Ort über die Ausgestaltung von Freitodbegleitungen zu informieren und sich bei Patienten und den EXIT-Sterbebegleiterinnen über die Bedürfnisse der direkt Betroffenen ein Bild zu machen und von den jahrzehntelangen Erfahrungen des Vereins zu profitieren.

Weiter verweist EXIT auf die gut funktionierende und ein hohes Mass an Sorgfalt garantierende Vereinbarung mit dem Kanton Zürich, welche EXIT freiwillig in der ganzen Schweiz anwendet. Wichtige Vernehmlassungsteilnehmer sprechen sich auch für dieses Modell aus. Es könnte als Grundlage für das weitere Vorgehen dienen.

Eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet gemäss Umfragen eine Sterbehilfe in der liberalen und selbstbestimmten Tradition des Landes. EXIT – eine Vereinigung von der Grösse einer politischen Partei – setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein.

Auskünfte und Interviewanfragen:

Bernhard Sutter, Vorstand EXIT, 079 403 05 80, bernhard.sutter@exit.ch